



Mit Erstaunen und Unverständnis haben wir das am 21. Februar 2023 vorgelegte Maßnahmenpaket der EU-Kommission zur Verbesserung der Nachhaltigkeit und Widerstandsfähigkeit des Fischerei- und Aquakultursektors zur Kenntnis genommen. Die Kommission fordert die Mitgliedstaaten darin auf, mobile grundberührende Fanggeräte in allen FFH-Gebieten bis 2024 und in allen übrigen Meeresschutzgebieten bis 2030 zu verbieten. In der deutschen Nordsee sind in Schleswig-Holstein fast 100 Prozent der Küstengewässer und große Bereiche in der ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) als Natura 2000-Gebiete ausgewiesen.

Der darin enthaltene „Aktionsplan zum Schutz und zur Wiederherstellung von Meeresökosystemen für eine nachhaltige und widerstandsfähige Fischerei“ bedeutet die Vernichtung der gesamten deutschen Krabbenfischerei in der Nordsee, ja sogar der Krabbenfischerei überhaupt von Dänemark bis zu den Niederlanden. Gerade die deutschen Krabbenfischer haben in den letzten mehr als 10 Jahren intensive Bemühungen unternommen, die Krabbenfischerei nachhaltiger zu gestalten und im Einklang mit der Natur dieses jahrhundertalte Gewerbe am Leben zu erhalten. Auch die seit Jahrzehnten betriebene Wattenmeer Forschung hat immer wieder den nationalparkverträglichen Charakter der Krabbenfischerei bestätigt.

Es zeigt sich mit dem Aktionsplan der EU-Kommission das man alles vorrangig durch Verbote regulieren will, anstatt einen wissenschaftlich basierten und Lösungsorientierten Ansatz zu verfolgen und z. B. Verbesserungen der Fangtechnologien oder auch Modernisierung der Fischereifloten in Erwägung zu ziehen.

Der Aktionsplan der EU-Kommission sucht in seiner Radikalität seinesgleichen und kommt einem Berufsverbot gleich. Hunderte Fischer werden in ihrer Existenz massiv bedroht. Ein Gewerbe welches Identitätsstiftend für unsere Küstenländer ist, wird damit einfach ausgelöscht. Mit der Entscheidung Fischer zu werden, entscheidet man sich nicht nur für einen Beruf, sondern für ein Leben. Dieser Entscheidung wird durch den Aktionsplan einfach die Grundlage entzogen.

Jeder Fisch, den wir nicht mittels unserer eigenen Fischerei für die Bevölkerung auf den Tisch bringen, muss aus Drittländern importiert werden. Das bedeutet auch hier wieder Abhängigkeiten und vor allem eine noch schlechtere CO₂-Bilanz.

Der Nautische Verein Nordfriesland e.V. erwartet von den Bundesministerien, von den Ministerien der Landesregierung Schleswig-Holstein und vom Landrat Nordfriesland diesem Aktionsplan nicht zuzustimmen und sich intensiv für den Fortbestand und die Interessen der Fischerei einzusetzen.

Mit freundlichem Gruß

Kapt. Hans-Joachim Wiegmann
Vorsitzender